

Beamtenrecht

Dechmann / Kawik / Krause / Pflüger

2020

ISBN 978-3-406-73487-8

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründete auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kawik/Dechmann/Krause/Pflüger



Beamtenrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beamtenrecht

von

Dr. iur. Michael Kawik

Professor an der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

Christine Dechmann

Referentin im Bundesministerium
der Verteidigung

Thomas Krause, M.A.

Dozent an der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Dr. iur. Stephanie Pflüger

Dozentin an der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

2020



Zitiervorschlag: Kawik/Dechmann/Krause/Pflüger BeamtenR



ISBN 978 3 406 73487 8

© 2020 Verlag C.H. Beck
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz Buck,
Zweikirchener Straße 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar
© Elena Genova, iStockphoto

CO₂
neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlорfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Ein erfolgreiches Gemeinwesen zeichnet sich durch eine effektive, effiziente und nicht zuletzt rechtstreue Verwaltung aus. Grundlage dafür ist qualifiziertes Personal, das sich seiner Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit innerlich verbunden fühlt. In diesem Sinne leisten die Beamten in Deutschland – gegründet auf Sachwissen, fachliche Leistung und loyale Pflichterfüllung – einen wesentlichen Beitrag für eine stabile Verwaltung und damit für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unseres Landes.

Das vorliegende Werk stellt die rechtlichen Grundlagen des deutschen Beamtenrechts dar. Es richtet sich dabei zum einen an Studierende und Nachwuchsbamtne in Laufbahnausbildungen, die sich in dieses besondere Rechtsgebiet einarbeiten möchten (oder müssen). Zum anderen aber auch an die Praktiker in Verwaltungen und Behörden, die sich das Gesamtsystem des Beamtenrechts nochmals erschließen wollen bzw. das Buch zur Hand nehmen, um Fragenstellungen aus dem Verwaltungsalltag zu klären.

Das Werk ist dabei als ein Gesamtüberblick konzipiert. Angesprochen werden alle wesentlichen Fragen des Beamtenrechts, die für das Studium und die Praxis relevant sind. Hierbei werden bewusst auch Nebengebiete einbezogen, etwa aus dem Bereich der Gebührenisse oder des Personalvertretungs- und Gleichstellungsrechts.

Zahlreiche praktische Fallbeispiele und Schaubilder sollen den Stoff greifbar machen. Auch die Verweise auf einschlägige Rechtsprechung verfolgen diesen Zweck. Die Kontrollfragen am Ende der Kapitel dienen der Vertiefung und Lernkontrolle.

Das Werk orientiert sich zwar am Bundesrecht, Aspekte des Beamtenrechts der Länder sind gleichwohl enthalten. Das System des Berufsbeamtenums in Deutschland ist aufgrund der grundgesetzlichen Verankerung und des Bemühens, einen einheitlichen Beamtenbegriff aufrechtzuerhalten, im Bund und den Ländern noch weitgehend gleichen Grundprinzipien unterworfen. Obwohl mit der Föderalismusreform I die Gesetzgebungskompetenzen neu geregelt wurden, sind die statusrechtlichen Fragen der Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten in gleicher Art und Weise, wenn auch in unterschiedlichen Gesetzeswerken (BBG und BeamStG) geregelt. Viele Inhalte haben daher per se sowohl für die Bundes- als auch die Landesbeamten die gleiche Bedeutung. Zusätzlich wurden im Werk, – soweit es möglich und sinnvoll war – entsprechende Verweise auf landesrechtliche Besonderheiten aufgenommen.

Auf geschlechtergerechte Sprache wird ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet. Selbstredend sind alle anderen Geschlechter dabei immer mitgedacht.

Wir würden uns freuen, wenn das Lehrbuch in Ausbildung und Praxis eine gute Resonanz erfahren würde. Für Anmerkungen und Hinweise sind wir stets dankbar.

Mannheim, im März 2020

Die Autoren

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Abbildungsverzeichnis	XXVII
1. Kapitel. Der öffentliche Dienst im Überblick	1
§1 Einführung	1
§2 Der öffentliche Dienst und sein Personal	2
§3 Öffentlicher Dienst in Zahlen	4
§4 Der öffentliche Dienst und das Beamtenrecht	6
A. Einführung	6
B. Dualität des öffentlichen Dienstes	6
I. Verfassungsrechtliche Verankerung der Dualität	6
1. Zulässigkeit des Beamtenverhältnisses in weiteren Fällen	7
2. Übertragung von hoheitlichen Aufgaben auf Arbeitnehmer	8
II. Wesentliche Unterschiede zwischen Beamten und Arbeitnehmern	9
III. Sonderfall: Dienstordnungsbeschäftigte	11
C. Weitere beamtenähnliche öffentlich-rechtliche Statusverhältnisse bzw. öffentlich-rechtliche Amtsverhältnisse	11
I. Gesetzgebende Gewalt: Abgeordnete	11
II. Bundespräsident	12
III. Regierungsangehörige – Kanzler und Minister	12
IV. Richter	12
V. Soldaten	13
VI. Sonstige öffentlich-rechtliche Amtsverhältnisse	14
VII. Kirchenbeamte	14
D. Zusammenfassung	15
§5 Kontrollfragen	17
2. Kapitel. Geschichtlicher Überblick	19
§6 Ursprünge	19
§7 Neuzeitliche Entwicklungen	21

§ 8 Entwicklungen in der Moderne	23
§ 9 Weimarer Republik	24
§ 10 Zeit des Nationalsozialismus	27
§ 11 Der demokratische Neubeginn nach 1945	28
§ 12 Die deutsche Einigung	32
§ 13 Neuere Entwicklungen	32
A. Fortgesetzte Reformdiskussion	32
B. Föderalismusreform 2006	34
C. Gesetzliche Neuordnung infolge der Föderalismusreform	35
D. Vor- und Nachteile der Föderalisierung	36
§ 14 Ausblick in die Zukunft	37
A. Einheitliches Dienstrecht	37
B. Privatisierungen und Ausgliederungen	38
C. Rechtszersplitterung	39
D. Europäisierung des Beamtenrechts	39
§ 15 Kontrollfragen	40
3. Kapitel. Rechtsquellen des Beamtenrechts	41
§ 16 Europa- und völkerrechtliche Vorgaben	41
A. EMRK	42
B. Rechtsetzung der Europäischen Union	42
§ 17 Verfassungsrechtliche Grundlagen des Beamtenrechts	44
A. Überblick	44
B. Leistungsprinzip	46
C. Religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates	48
D. Funktionsvorbehalt und die institutionelle Garantie des Berufsbeamtenstums	48
E. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtenstums	50
I. Grundsätzliches	50
II. Bedeutung und Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze	50
III. Fortentwicklungsklausel	52
IV. Hergestellte Grundsätze des Berufsbeamtenstums im engeren Sinne	53
1. Beamtenverhältnis als öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis	53
2. Treuepflicht des Beamten	54
3. Fürsorgepflicht des Dienstherrn	55
4. Alimentationsprinzip	56
5. Abstandsgebot als ein weiterer Ausdruck des Alimentationsprinzips	57
6. Lebenszeitprinzip	58
7. Leistungsprinzip	58

8. Laufbahnprinzip	59
9. Hauptberuflichkeit	59
10. Anspruch auf amtsangemessene Amtsbezeichnung	60
11. Koalitionsfreiheit	61
12. Streikverbot	61
13. Schutz gegen willkürliche Beendigung des Beamtenverhältnisses	62
14. Disziplinarrecht	62
15. Gerichtlicher Rechtsschutz	63
16. Vorbehalt des Gesetzes/Legalitätsgrundsatz	63
V. Keine hergebrachten Grundsätze	63
F. Das Gesetzesrecht: formelle Gesetze und Rechtsverordnungen	64
I. Bund	64
1. Formelle Gesetze	64
2. Rechtsverordnungen	65
II. Länder und Kommunen	65
1. Beamtenstatusgesetz	66
2. Ländergesetze und Verordnungen	66
G. Verhältnis der beamtenrechtlichen Regelungen zum Verwaltungsrecht	67
H. Strafrechtliche Festlegungen zum Beamtenrecht	67
I. Zivilrechtliche Vorschriften	68
J. Verwaltungsvorschriften	70
§ 18 Kontrollfragen	72
4. Kapitel. Das Beamtenverhältnis	73
§ 19 Grundrechte im Beamtenverhältnis	73
§ 20 Beamtenrechtliche Grundbegriffe	74
A. Dienstherr	74
B. Oberste Dienstbehörde	75
C. Dienstvorgesetzter	75
D. Vorgesetzter	76
§ 21 Der gesetzliche Beamtenbegriff	76
§ 22 Die Arten der Beamtenverhältnisse	77
A. Das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (§ 6 I BBG)	77
B. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf (§ 6 IV BBG)	78
C. Das Beamtenverhältnis auf Probe (§ 6 III BBG)	78
D. Das Beamtenverhältnis auf Zeit (§ 6 II BBG)	79
E. Das Ehrenbeamtenverhältnis (§ 6 V BBG, § 5 BeamStG)	79
F. Der politische Beamte	80
§ 23 Der Amtsbegriff	80
A. Amt im statusrechtlichen Sinne	81
B. Amt im funktionellen Sinne	81
§ 24 Verwaltungsakt versus innerdienstliche Maßnahme	82

§25 Kontrollfragen	83
5. Kapitel. Begründung, Durchführung und Ausgestaltung des Beamtenverhältnisses und der Beamtenlaufbahn	85
§26 Einführung	85
§27 Begründung des Beamtenverhältnisses	85
A. Grundsätze des Stellenbesetzungsverfahrens und der Auswahl im öffentlichen Dienst	85
I. Stellenausschreibung	86
II. Überblick über die Schritte bis zur Stellenausschreibung	86
B. Auswahlgrundsätze: Bestenauslese	88
I. Eignung	89
1. Gesundheitliche Eignung	90
a) Hohe Anforderungen	90
b) Abgesenkte Anforderungen	91
2. Gesundheitliche Eignung und Schwerbehinderung	91
3. Charakterliche Eignung	92
4. Persönliche Eignung	93
II. Befähigung	93
III. Fachliche Leistung	93
C. Auswahlgrundsätze in der Praxis	94
D. Auswahlmittel	95
I. Auswahlmittel bei externen Bewerbern	95
II. Auswahlmittel bei Beförderungsentscheidungen	96
III. Hilfskriterien	97
§28 Kontrollfragen	99
§29 Personelle Anforderungen an Beamtenbewerber	99
A. Staatsbürgerliche Voraussetzungen der Ernennung gem. § 7 I Nr. 1 BBG	99
I. Eigenschaft als Deutscher, Unionsbürger, Bürger eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraums oder eines assoziierten Staates	99
II. Deutschenvorbehalt gem. § 7 II BBG	100
III. Ausnahme von den Anforderungen an die Staatsangehörigkeit gem. § 7 III BBG	100
B. Verfassungstreue	101
I. Exkurs: Weimarer Republik	101
II. Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung	102
III. Prognoseentscheidung der Behörde	103
IV. Politische Betätigung	104
C. Laufbahnbefähigung	105
D. Weitere persönliche Voraussetzungen, gesundheitliche Eignung	105
E. Altersgrenze	106
F. Amtsfähigkeit	107
G. Amtswürdigkeit	107

§ 30 Die Ernennung als statusbegründender Verwaltungsakt	108
A. Formenstrenge durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde	109
I. Das Urkundsprinzip	109
II. Urkunde	110
III. Möglichkeit der elektronischen Ernennung	110
B. Weitere Anforderungen an die Ernennung	111
I. Dienstherrnfähigkeit und Zuständigkeit der ernennenden Behörde	111
II. Bedingungsfeindlichkeit	111
III. Mitwirkung durch den zu Ernennenden	111
IV. Leistungsgrundsatz, Auswahl, Ermessen	112
C. Urkundenaushändigung und Wirksamkeitszeitpunkt der Ernennung	112
I. Aushändigung der Urkunde	112
II. Äußere und innere Wirksamkeit	112
§ 31 Formen der Ernennung	114
A. Begründung des Beamtenverhältnisses	114
B. Umwandlung	114
C. Speziell: Umwandlung oder Einstellung beim Übergang vom Beamtenverhältnis auf Widerruf zum Beamtenverhältnis auf Probe?	114
D. Verleihung eines anderen Amtes	116
I. Beförderung	116
II. Rückernennung (Zurückstufung)	116
E. Laufbahnwechsel	117
§ 32 Ernennungsfehler, Reaktion der Behörde, Rechtsfolgen	118
A. Nichternennung, nichtige Ernennung, zurückzunehmende Ernennung	118
I. Nichternennung	118
II. Nichtige aber heilbare Ernennung	119
III. Nichtige und nicht heilbare Ernennung	120
IV. Wirksame aber zwingend zurückzunehmende Ernennung	121
V. Wirksame und fakultativ zurückzunehmende Ernennung	122
B. Verfahren bei nichtiger oder zurückgenommener Ernennung	123
§ 33 Kontrollfragen	124
§ 34 Überblick über das Laufbahnrecht	124
A. Grundsätzliches	124
B. Die Laufbahnen	125
I. Laufbahnguppen	125
II. Fachrichtung	126
III. Die Laufbahnbefähigung	127
1. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Abschluss eines Vorbereitungsdienstes	128

2. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Anerkennung aufgrund der Vorbildung	128
3. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Anerkennung ohne Vorbildung	129
4. Erwerb der Laufbahnbefähigung durch Abschluss eines Aufstiegsverfahrens	129
5. Horizontaler Laufbahnwechsel	129
C. Die laufbahnrechtliche Probezeit	130
I. Dauer der Probezeit	130
II. Verlängerung der Probezeit bei fehlender Bewährung	130
III. Verlängerung der Probezeit aufgrund Unterbrechung der Probezeit	131
IV. Verkürzung der Probezeit	131
V. Mindestprobezeit	133
VI. Bewährung	134
D. Beförderung	135
I. Allgemeines	135
II. Auswahlentscheidung	136
III. Erprobungszeit	137
IV. Planstelle	137
V. Beförderungsverbote	137
VI. Beförderung innerhalb der Probezeit	138
E. Laufbahnrechtliche Aufstiegsmöglichkeiten	139
I. Grundsätzliches	139
II. Aufstieg durch Teilnahme am Vorbereitungsdienst (§ 37 BLV)	140
III. Fachspezifische Qualifizierung (§ 38 BLV)	140
IV. Teilnahme an Hochschulausbildungen (§ 39 BLV)	141
V. Sonderfall: Ausnahme für besonders leistungsstarke Beamte (§ 27 BLV)	142
VI. Ableisten eines Vorbereitungsdienstes durch Beamte auf Lebenszeit (§ 11a BBG)	142
F. Der Bundespersonalausschuss	143
G. Kontrollfragen	144
§35 Funktionelle Änderungen im Beamtenverhältnis	144
A. Versetzung (§ 28 BBG)	145
B. Abordnung (§ 27 BBG)	146
C. Zuweisung (§ 29 BBG)	147
D. Umsetzung	147
I. Rechtsnatur der Umsetzung	148
II. Rechtsschutz gegen eine Umsetzung	148
E. Kontrollfragen	149
§36 Rechte und Pflichten	149
A. Rechtsquellen für die Rechte und Pflichten der Beamten	149
B. Die Pflichten im Überblick	150
I. Die allgemeine Treuepflicht aus Art. 33 IV GG	150

II. Die Grundpflichten des Beamten	150
III. Wahrnehmung der Aufgaben und Verhalten	151
IV. Verhüllungsverbot	154
V. Fortbildungspflicht	154
VI. Folgepflicht	155
VII. Persönliche Verantwortung	157
VIII. Ableisten der Eidesformel	158
IX. Verschwiegenheitspflicht	158
X. Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen	162
XI. Wahl der Wohnung	163
XII. Die Aufenthaltspflicht	164
XIII. Die Dienstkleidung	164
XIV. Schadenersatzpflicht	165
XV. Fernbleiben vom Dienst	165
XVI. Nebentätigkeit	166
XVII. Streikverbot	170
C. Kontrollfragen	172
§37 Überblick über das Personalaktenrecht	172
A. Einführung	172
B. Rechtliche Vorgaben zum Personalaktenrecht	173
C. Sinn und Zweck des Personalaktenrechts	174
D. Begriff der Personalakte	175
E. Unterscheidung Sachakte und Personalakte	176
F. Grundsätze des Personalaktenrechts	176
G. Beihilfeakten	177
H. Kontrollfragen	178
6. Kapitel. Beendigung des Beamtenverhältnisses	179
§38 Einführung	179
§39 Entlassungen	181
A. Entlassung kraft Gesetzes	181
I. Verlust der notwendigen Staatsangehörigkeit	182
II. Eintritt in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn oder einer anderen Einrichtung	182
1. Begründung eines weiteren öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses	182
2. Öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis	183
3. Öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis bei Einrichtungen ohne Dienstherrnfähigkeit	183
4. Soldatenverhältnis auf Zeit/Berufssoldatenverhältnis	184
III. Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit in einer neuen Laufbahn (§ 31 I 1 Nr. 3 BBG)	184
IV. Ausnahmen vom Grundsatz der Entlassung kraft Gesetzes	184
V. Form und Verfahren	185

B. Entlassung kraft Gesetzes bei Beamten auf Probe und auf Widerruf bei Erreichen der Regelaltersgrenze	185
C. Entlassung kraft Gesetzes bei Beamten auf Widerruf	186
I. Bestehen der Laufbahnprüfung	186
II. Nichtbestehen der Laufbahnprüfung	186
III. Form und Verfahren	187
D. Obligatorische Entlassung durch Verwaltungsakt	187
I. Entlassungsgründe des § 32 I BBG	188
1. Eidesverweigerung	188
2. Entlassung statt Ruhestandsversetzung	188
3. Inkompatibilität	189
II. Ernennung trotz erreichter Regelaltersgrenze	189
III. Entlassung auf Verlangen	189
E. Entlassungen im Ermessen der Behörde	191
I. Entlassung bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	191
II. Entlassung von Beamten auf Probe	191
1. Dienstvergehen von Beamten auf Probe	192
2. Mangelnde Bewährung	194
3. Dienstunfähigkeit	198
4. Organisationsveränderung	200
5. Verfahrensfragen	201
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	202
F. Verfahren und Form der Entlassung durch Verwaltungsakte	203
§ 40 Verlust der Beamtenrechte	205
A. Grundsätzliches	205
B. Voraussetzungen des Verlustes der Beamtenrechte	205
C. Verfahrensfragen und Rechtsfolge des Verlustes der Beamtenrechte	207
D. Folge von Straftaten mit erheblichem Gewicht bei Ruhestandsbeamten	207
§ 41 Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	208
§ 42 Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand	208
A. Grundsätzliches	208
B. Einzelfälle	209
I. Eintritt in den Ruhestand wegen des Erreichens der Altersgrenze	209
II. Versetzung in den Ruhestand bei Dienstunfähigkeit	210
III. Einstweiliger Ruhestand bei politischen Beamten	211
§ 43 Weitere Beendigungstatbestände für besondere Beamtengruppen bzw. besondere Fälle	212
A. Entlassung von Beamten in Führungsämtern auf Probe (§ 35 BBG, § 22 V BeamtStG)	212
B. Entlassung von politischen Beamten auf Probe	212
C. Ausscheiden bei Wahlen oder Übernahme politischer Ämter	213
§ 44 Kontrollfragen	214

7. Kapitel. Das Disziplinarrecht	215
§ 45 Zweck des Disziplinarrechts	215
§ 46 Verhältnis von Disziplinarrecht und Strafrecht	215
§ 47 Formelles und materielles Disziplinarrecht	216
A. Das Dienstvergehen	216
B. Das Disziplinarverfahren	219
I. Arten der Disziplinarmaßnahmen	220
II. Das behördliche Disziplinarverfahren	220
1. Einleitung des Disziplinarverfahrens	221
2. Ausnahmen von der Einleitungspflicht	222
a) Maßnahmenverbot wegen Zeitablaufs	223
b) Maßnahmenverbot wegen sachgleichen Straf- oder Bußgeldverfahrens	225
3. Selbstreinigungsverfahren	226
4. Durchführung des Disziplinarverfahrens	226
a) Unterrichtung des Beamten	227
b) Ermittlungspflicht des Dienstvorgesetzten	228
c) Beschleunigungsgebot	228
d) Aussetzung des Verfahrens	229
e) Beweiserhebung	230
f) Abschlussentscheidung	232
aa) Die Einstellung des Disziplinarverfahrens	232
bb) Die Disziplinarverfügung	233
g) Die Maßnahmen im Einzelnen	233
aa) Der Verweis	233
bb) Die Geldbuße	234
cc) Die Kürzung der Dienstbezüge	235
dd) Die Kürzung des Ruhegehalts	236
h) Rechtsschutz gegen die Disziplinarverfügung	237
i) Vorläufige Dienstenthebung und Einbehaltung von Bezügen	238
III. Das gerichtliche Disziplinarverfahren	239
1. Die Besetzung der Gerichte	239
a) Verwaltungsgericht	240
b) Oberverwaltungsgericht	241
c) Bundesverwaltungsgericht	241
2. Die gerichtlichen Disziplinarmaßnahmen	241
a) Die Zurückstufung	242
b) Die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	242
c) Die Aberkennung des Ruhegehalts	243
3. Anforderungen an die Disziplinarklage	243
IV. Die Bemessung der Disziplinarmaßnahme	244
V. Verwertungsverbot	246
VI. Gremien	247
1. Mitwirkung des Personalrats	247
2. Mitwirkung der Schwerbehindertenvertretung	248

3. Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	249
4. Kosten	250
C. Kontrollfragen	251
8. Kapitel. Geldwerte Rechte – Besoldung, Versorgung, Nebengebührenisse	253
§ 48 Besoldung	253
A. Allgemeines	253
B. Das Grundgehalt	255
I. Bestimmung der Besoldungsgruppe	255
II. Bestimmung der Stufe	255
C. Familienzuschlag (§§ 39 ff. BBesG)	257
D. Zulagen (§§ 42 ff. BBesG)	257
E. Anwärterbezüge	258
§ 49 Versorgung	258
A. Allgemeines	258
B. Das Ruhegehalt	259
C. Hinterbliebenenversorgung	261
D. Unfallfürsorge bei Dienstunfällen	262
§ 50 Beihilfe	262
§ 51 Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsgeld	263
A. Reisekosten	263
B. Umzugskosten	264
C. Trennungsgeld	265
§ 52 Exkurs: Rückforderung von Bezügen und sonstigen Geldleistungen	267
§ 53 Kontrollfragen	268
9. Kapitel. Rechtsschutz im Beamtenverhältnis	269
§ 54 Einführung	269
§ 55 Außergerichtliche Rechtsbehelfe	269
A. Formlose Rechtsbehelfe	269
I. Allgemeine Anträge, Anregungen und Beschwerden	270
II. Petitionsrecht	271
III. Beschwerde an Personalrat (§ 68 I Nr. 3 BPersVG)	271
IV. Anrufung Datenschutzbeauftragter (§ 60 I BDSG)	271
V. Gnadengesuche (§ 43 BBG, § 81 BDG)	272
B. Förmliche Rechtsbehelfe	272
I. Allgemeines	272
II. Besonderheiten der Zulässigkeit des beamtenrechtlichen Widerspruchsverfahrens	273
1. Eröffnung des Rechtsweges	273
2. Statthaftigkeit des Widerspruchs	273

3. Widerspruchsbefugnis	274
4. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit	274
5. Frist	274
III. Aufschiebende Wirkung des beamtenrechtlichen Wider- spruchs	275
IV. Widerspruch gegen Disziplinarverfügungen	275
§ 56 Gerichtlicher Rechtsschutz	276
A. Allgemeines	276
B. Zuständigkeiten und statthafte Klageart	276
C. Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte im Disziplinarrecht ..	278
D. Konkurrentenrechtsschutz	279
I. Begriffsklärung: Ämterstabilität und Konkurrentenklage ..	279
II. Rechtsschutz im Konkurrentenrechtsstreit	280
III. Sonderfall: Vereitelung der Rechtsschutzmöglichkeiten unterlegener Bewerber durch den Dienstherrn	281
§ 57 Kontrollfragen	283
10. Kapitel. Hinweise zu den Grundsätzen des Personalvertretungs-, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenrechts	285
§ 58 Einführung	285
§ 59 Überblick über das Personalvertretungsrecht	285
A. Einleitung	285
B. Personalrat	286
C. Aufgaben der Personalvertretung und die personal- vertretungsrechtliche Beteiligung	287
I. Allgemeine Aufgaben	287
II. Beteiligung	288
1. Mitbestimmung	289
2. Mitwirkung	290
3. Anhörung	290
§ 60 Bedeutung des Gleichstellungsrechts und die Rolle der Gleich- stellungsbeauftragten	291
A. Einleitung	291
B. Umsetzung der Ziele der Gleichstellung	292
I. Gleichstellungspläne	292
II. Gleichstellungsbeauftragte	293
1. Wahl der Gleichstellungsbeauftragten	293
2. Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten	293
3. Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten	294
4. Informations- und Beteiligungsrechte der Gleichstel- lingsbeauftragten sowie die Form der Mitwirkung	294
§ 61 Schwerbehindertenvertretung	295
A. Überblick über das Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX (Teilhabe)	295

B. Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	296
§ 62 Kontrollfragen	298
Sachverzeichnis	299

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG